

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig monatlich 3. - Reichsmark voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 5.00 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Zeit und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Krautstümmel“, „Der Rinderstreich“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Arbeiterwelt“ und „Kulturarbeit“ erscheint wochentäglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Normzeile 80 Pfennig. Kleinere Zeilen 5. - Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das festschriebene Wort 25 Pfennig (außer bei zwei festschriebenen Worten) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenanzeigen das erste Wort 25 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Werbetexte für 60 Pfennig. Familienanzeigen für 40 Pfennig. Stelle 40 Pfennig.

Anzeigenannahme im Hauptgeschäft. Lindenstraße 2. wochentäglich von 6 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonnabend, den 5. November 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Telefon: Berlin 97 536 - Postkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 45; Diebstahl-Gesellschaft, Popowitschstraße 2.

Reaktion in Deutsch-Oesterreich.

Eine Darstellung des 15. Juli beschlagnahm. — Massenstrafverfahren gegen die Arbeiterzeitung.

Wien, 4. November. (Eigenbericht.)

Vor kurzem ist eine ausgezeichnete Darstellung der Wiener Justizschlacht aus der Feder des Genossen Julius Braunnthal, der das „Kleine Blatt“ liefert, erschienen. Heute hat die Staatsanwaltschaft dieses Buch wegen 33 Stellen konfisziert. Unter den beschlagnahmten Stellen sind besonders auch Photographien der einreißenden und schließenden Polizei, ihrer Dum-Dum-Geschosse, der Todesopfer und ihrer Ruhestätten in dem von der Gemeinde Wien gewidmeten Ehrentempel; aber beschlagnahmt ist auch die dem Berliner „Vorwärts“ entnommene Karikatur Sepeis, der seine blutigen Hände in Unschuld wäscht.

Nach dem Geheh der Republik muß der Beschlagnahme die Anklage vor dem Schwurgericht folgen. Braunnthal ist bereits wegen mehrerer Artikel des „Kleinen Blattes“ angeklagt; für mehrere Artikel der „Arbeiter-Zeitung“, die zu einer Anklage gegen den verantwortlichen Zeichner des Redakteur benutzt worden sind, hat Chefredakteur Kusterlich die Verantwortung als Verfasser übernommen.

Die Bürgerblöcker schwänzen.

Wien, 4. November.

Im Nationalrat waren zur ersten Lesung des Budgets für 1928 nur wenige Abgeordnete der Mehrheitsparteien anwesend. Genosse Danneberg hielt eine nahezu zwei-stündige Rede, worauf die Sozialdemokraten Schluß der Sitzung beantragten. Der Vorsitzende unterbrach die Sitzung auf 10 Minuten, da die Regierungsparteien fehlten. Während der Pause kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den Sozialdemokraten und den anwesenden Mehrheitsparteilern.

Als der Präsident die Sitzung wieder eröffnete, verlangten die Sozialdemokraten Auszählung und verließen den Sitzungssaal. Schriftführer Genosse Sever stellte 52 Anwesende fest. Unter denselben waren noch einige christlichsozialistische Abgeordnete in den Saal gekommen, so daß der Schriftführer der Mehrheitsparteien 56 Anwesende und damit die Beschlagnahmbarkeit konstatieren konnte. Sever, der von den Sozialdemokraten allein im Saale war, protestierte dagegen, doch nahm der Präsident die Verhandlung auf, und Finanzminister Dr. Riesenbühl erwiderte vor den leeren Bänken der Sozialdemokraten auf die Ausführungen Dr. Dannebergs.

Demonstrationsverbot in Wien.

Wien, 4. November.

Die von den Kommunisten für den 7. d. M. geplante Freier des zehnten Jahrestages der russischen Revolution auf dem Rathausplatz mit anschließendem Fackelzug über den Ring hat die Wiener Polizei verboten. Die Begründung wies auf die Ereignisse vom 15. und 16. Juli hin und betont, daß die noch immer andauernde Beunruhigung der Bevölkerung durch solche Veranstaltungen gesteigert würde.

Die Sozialdemokratie beruft in die beiden größten Arbeiterdemonstrationen Wiens auf diesen Sonntagvormittag Volksversammlungen ein mit der Tagesordnung: „Zehn Jahre Sowjetrußland“. Redner sind die Genossen Otto Bauer und Wilhelm Ellenbogen.

Eisenbahnerkampf in der Tschechoslowakei.

Passive Resistenz auf den Staatsbahnen.

Prag, 4. November. (Eigenbericht.)

Die Exekutive der kooptierten Eisenbahnerorganisationen gibt am Freitag ein Kommuniqué aus, in dem es heißt, daß die begonnenen Aktion fortgesetzt wird, d. h. die passive Resistenz auf den Staatsbahnen weiter andauert. Die Organisationen teilen die passive Resistenz nach einem bestimmten bisher geheimgehaltenen Plan, nach dem zunächst nur die größeren Bahnhöfe und gewisse wichtige Punkte in die Aktion einbezogen werden. Vorläufig sind größere Verkehrsstörungen nicht zu erwarten, nur an allgemeinen Verspätungen im Zugverkehr merkt man das Einsetzen des Kampfes. Es ist aber möglich, daß schon bis Sonntag die Durchgangsbahnhöfe verstopft sind und der internationale Schnellzugverkehr unterbrochen wird.

Die Exekutive der Eisenbahner tagt in Permanenz. Die Öffentlichkeit steht dem Kampf der Eisenbahner trotz der zu erwartenden Verkehrsstörungen sympathisch gegenüber, da man allgemein die Regierung für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich macht. Die gewerkschaftlichen und parlamentarischen Vertreter der Eisenbahner hatten sich bis zuletzt bemüht, zu einem Vergleich zu kommen. Die Regierung machte aber nicht das geringste Zugeständnis, so daß es zum offenen Kampf kommen mußte. Es scheint übrigens, daß auch die Postbeamten in den Kampf eingreifen werden.

Der Kampf der 130 000 Eisenbahner richtet sich gegen die neue Dienstordnung, durch die die Eisenbahner gegenüber den übrigen Staatsbeamten zurückgesetzt wurden.

Der Rücktritt Franklin Bouillons.

Brandmarkung durch die radikale Partei.

Paris, 4. November. (Eigenbericht.)

Die Kammer hat am Freitag die Diskussion der eingebrachten Interpellationen mit einer Debatte über Autounfälle und ähnliche Dinge von gleicher Wichtigkeit begonnen. Sie hat durch ihren Verzicht, das ihr zustehende Kontrollrecht durch die seit langem erwartete Auseinandersetzung über die zahlreichen einer Klärung harrenden politischen Fragen praktisch auszuüben, nicht dazu beigetragen, ihr stark gesunkenes Prestige zu erhöhen.

Ziel besprochen wird die Affäre Franklin Bouillon. Die sozialistisch-radikale Fraktion hat eine längere Resolution angenommen, in der die Begründung, die Franklin Bouillon seiner Demission gegeben hat, als unzulässige Entstellung des wahren Sachverhalts bezeichnet wird; die Partei protestiert gegen die unehrlichen Unterstellungen, mit denen Franklin Bouillon seinen Beschluß rechtfertigen zu können glaubt. Sie hat mehr als irgend jemand zur Sicherung und Festigung des Friedens beigetragen. Sie proklamiert ihr Vertrauen in das Werk und die Zukunft des Völkerbundes, in die europäische Wiederaufrichtung auf dem Wege der Wiederannäherung der Länder und der Versöhnung der ehemaligen Kriegführenden.

Die Frage der Nachfolge Franklin Bouillons als Präsident der Luftparkommission ist noch nicht geklärt. In offiziellen Kandidaturen liegt bisher nur die des sozialistischen Abg. Paul Boncour vor. Als eventuelle Gegenkandidaten werden neben Boucheur der Radikalsozialist Wilhelm genannt. Man hält die Wahl Paul Boncour für gesichert, da in einer Stichwahl die gesamte bürgerliche Linke für ihn eintreten dürfte.

Franklin Bouillon gründet eine „Unionistische“, die „überparteilich“ sein soll.

Ungarischer Wahlschwindel.

Das Mandat eines Staatssekretärs ungültig.

Budapest, 4. November.

Der Verwaltungsgerichtshof hat nach Untersuchung der Vorgänge bei den Wahlen im Bezirk Vacz das Mandat des Staatssekretärs Szabolcsannulliert und ihm die Tragung der Kosten des Verfahrens (30 000 Pengö) auferlegt. Das Verfahren war von den Anhängern des Grafen Andrássy, des ehemaligen Kandidaten des Vacz Bezirks, mit der Begründung beantragt worden, daß bei den Wahlen Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Am Wahltag selbst war es außerdem zu Zusammenstößen zwischen Gendarmen und Wählern gekommen, bei denen mehrere Personen getötet wurden.

Werbefundgebungen der SPD.

Heute, Sonnabend, den 5. November:

- Tiergarten: 17 1/2 Uhr Antreten zum Werbeumzug mit Fackeln und Musik Kleiner Tiergarten. — Die Mitglieder werden erlucht, sich recht zahlreich zu beteiligen. Die beauftragten Genossen holen um 17 1/2 Uhr die Fackeln von Krüger, Pustischstraße 10, ab.
 - Arcuzberg: 17 1/2 Uhr Antreten zum Werbeumzug Fontanepromenade.
 - Lichtenberg: Großer Werbeumzug. Treffpunkt Sonntagstraße (an der Jugendbühne). — Abmarsch pünktlich 18 Uhr.
 - Baumshulweg: 18 1/2 Uhr Werbeumzug mit Fackeln und Musik. — Abmarsch Waldede Baumshulweg.
- Morgen, Sonntag, den 6. November:
- Wedding: 15 Uhr im Humboldthain, an der Kodelbahn. Redner: Wilhelm Solmann, R. d. R., und Ernst Heilmann, R. d. R.
 - Abmarsch: 14 1/2 Uhr Zeppelinplatz, 14 1/2 Uhr Uferstraße Ecke Martin-Opitz-Straße, 14 1/2 Uhr Dinstaplatz.
 - Baumshulweg: 10 Uhr im Saal des Kinos, Baumshulweg-Straße. Redner: Rudolf Hilsbering, R. d. R.

Plutokratie und Korruption.

Ein Skandalprozess in Amerika — und seine Lehre für Deutschland.

Alles wie in einem Detektivroman: Auf der Anklagebank sitzen ein Petroleumkönig und ein gewesener Minister. Die Anklage lautet auf „verbrecherische Verschwörung zum Zweck des Betruges an der Regierung“. Schon wochenlang dauern die Gerichtsverhandlungen, bald verhandelt in der Langeweise ausgefüllter juristischer Spitzfindigkeiten, bald wieder auflebend in spannenden Situationen. Die ganze Sache ist aber schon viel zu alt, die Spannung läßt immer mehr nach. Dann platzt die Bombe. Eine Erklärung des Oberstaatsanwalts: Es wird versucht, die Geschworenen zu bestechen. Einer von den Geschworenen soll schon zugegeben daß er im Falle der Freisprechung mindestens ein Auto zu bekommen hoffe. Die Geschworenen werden von sechzehn (!) Detektiven bespitzelt, mit dem Zweck, Erpressungsmittel gegen sie zu finden. Auf diese Erklärung hin werden die Verhandlungen unterbrochen. Die Richter beraten über die Lage und fassen am nächsten Tage den Beschluß, den Prozess mit neuen Geschworenen von neuem anzufangen. Und das ist kein Detektivroman, sondern ein Stück Leben. Das ist die letzte amerikanische Sensation, die neueste Wendung im Prozess gegen den Petroleumkönig Sinclair und den früheren Innenminister Fall. Die Hauptsache ist aber, daß das Ganze nichts Absonderliches ist, sondern bloß eine äußerst trasse Auswirkung eines bestimmten Systems, nur ein über das gewöhnliche Maß hinausgehendes Beispiel seiner Folgen.

Es sind keine Abtrünnigen, keine entarteten Individuen, alle diese handelnden Personen des Petroleumskandals, sondern typische Vertreter der amerikanischen Gesellschaft, große amerikanische Geschäftsleute und geriffene Politiker. Sinclair ist kein Hochstapler, sondern ein mächtiger Vertreter des Großkapitals, vielleicht nicht einmal rücksichtslos, als die Mehrzahl seiner Klassengenossen. Und Fall war ein Minister, nicht schlechter als viele andere. Es war sein Unglück oder seine Ungeschicklichkeit, daß er erwischte wurde und dadurch vor Gericht kam. Zwei seiner Kollegen, die sozusagen „mitkompromittiert“, aber nicht überführt wurden, haben nur ihre Ämter eingebüßt. Und was hat Fall gemacht? Er hat die für die Bedürfnisse der amerikanischen Flotte reservierten Petroleumfelder privatkapitalistischen Händen überlassen. Das gehörte aber zur Tradition. Jahrzehntlang wurde in Amerika das Staatseigentum so gut wie umsonst den privaten Händen übergeben. Fall hat dafür Geld bekommen, was bewiesen wurde. Das war natürlich schlimm — besonders, daß es bewiesen wurde. Damit hat Fall schon ein unzweifelhaftes Verbrechen begangen: er hat das direkt gemacht, was die anderen nur auf Umwegen zu machen pflegten. Vielleicht war er sich dessen gar nicht bewußt, daß er ein Verbrechen begangen hat. Ebenso wie alle seine Kollegen hat er sich für einen Angestellten des Großkapitals gehalten. Und in Amerika bedeutet das, auch Angestellter einzelner Kapitalisten zu sein. Fast alle einflussreichen Politiker waren gestern noch angestellt in dem einen oder anderen Trust, in einer großen Industrie-gesellschaft oder in einem Bankinstitut, und werden es morgen wieder sein.

Als der „starke Mann“ sitzt in der gegenwärtigen Regierung einer von den Gewaltigen der Schwerindustrie und von dem Duzend der reichsten Leute Amerikas, der „Aluminiumkönig“ Mellon. Die Bankiers werden zu Ministern oder Botschaftern, Minister und Botschafter zu Bankiers. Das ist nach dem Botschafterposten in London Rechtsbeistand bei Morgan geworden und war Angestellter bei Morgan, als er für die Präsidentschaft kandidierte. Hughes ist zum juristischen Berater des größten Petroleum-trusts geworden, nachdem er die Leitung der amerikanischen Außenpolitik aufgegeben hat. Und das alles ist so natürlich, daß es niemandem auffällt, das Groteske in der Situation zu sehen, daß dieser Rechtsbeistand der Petroleuminteressen die nordamerikanische Delegation auf der Panamerikanischen Konferenz führen wird, wo die Vertreter von Ländern, in denen die Politik des Petroleumkapitals am meisten verhaßt ist, zusammenkommen werden. Die persönliche Integrität von Hughes ist allgemein bekannt, beinahe sprichwörtlich, er ist aber in seinem ganzen Handeln völlig in das System der Plutokratie eingereicht. Ist es aber bei einem Politiker so, dann ist der Weg von seiner persönlichen Integrität über einige Zwischenstufen zur Korruption klar vorgezeichnet.

Fall hat ein paar Kapitalisten gewisse Dienste geleistet, was er wahrscheinlich für seine heilige Psicht hielt. Man sagt: er war bestochen. Man kann aber sagen: er hat dafür sein Honorar bekommen. Das war sein Verbrechen. Ist es aber wesentlich anders, wenn ein anderer auch einzelnen Kapitalisten oder kapitalistischen Organisationen Dienste leistet, ohne sich dafür direkt und sofort bezahlen zu lassen, aber in der sicheren Gewißheit, daß er später für seine Dienste durch einen ertragreichen Posten delohnt werden wird? Es gehört zum System der Plutokratie, daß, wer dem Kapital treu und redlich dient, dafür belohnt, und wer das nicht tut

Schwindelparole.

Die Angst der bürgerlichen Angestelltenverbände.

Von Fritz Schröder, Berlin.

Die Wahl der Vertrauensmänner für die Angestelltenversicherung rückt immer näher. Angsterfüllt sehen die bürgerlichen Angestelltenverbände dem Ausgang dieser Wahl entgegen. Sie haben einen Grund dazu. Was liegt da näher, als die Aufmerksamkeit der Angestellten von den entscheidenden Gegensätzen zwischen dem im NSD-Bund zusammengeschlossenen freien Angestelltenverbänden und den im Hauptausschuß zusammengeschlossenen bürgerlichen Angestelltenverbänden abzulenken, sei es auch auf Kosten der Wahrheit.

Wie auf Kommando geht durch Zeitchriften und Tagespresse die Schwindelparole des Hauptausschusses: die freien Angestelltenverbände wollen die Angestelltenversicherung vernichten.

Bei den Reichstagsverhandlungen 1925 ist es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gewesen, die schon damals für eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung eintrat, wie sie das Wahlprogramm der freien Angestelltenverbände vorsieht. Die bürgerlichen Parteien haben das abgelehnt; der Reichsversicherungsminister des Bürgerblocks hat sogar erklärt, daß seines Erachtens die Rentenbemessung an die Grenze des Möglichen angelangt sei.

An der Spitze des Kampfes gegen die Verstärkung des Einflusses der Angestellten auf ihre Versicherung stand der volksparteiische Reichstagsabgeordnete Thiel, Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Angestelltenvereine. Er sprach sich dagegen aus, den Einfluß der Arbeiter zu schmälern.

Wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion über den Ausbau der Angestelltenversicherung denkt, beweist der von ihr vor einigen Tagen im Reichstage eingebrachte Antrag, der sich die Forderungen der freien Angestelltenverbände über den Ausbau der Leistungen und den Ausbau der Selbstverwaltung in der Angestelltenversicherung zu eigen macht.

Der Hauptausschuß wehrt sich zu helfen. Da sich nicht bestreiten läßt, daß die freien Angestelltenverbände den Ausbau der Angestelltenversicherung fordern, ist das doch der einzige Inhalt ihres Wahlprogramms, wird vom Hauptausschuß die Parole ausgegeben: die Bewirkung dieser Forderungen würde die Vernichtung der Angestelltenversicherung bedeuten!

Eine famose Parole. Sie hat den Vorzug, daß hier im Grunde genommen den parlamentarischen Führern des Hauptausschusses bereits Blankovollmacht erteilt wird, bei den Auseinandersetzungen im Reichstage die Durchführung unserer Forderungen zu sabotieren.

Da in dem Wahlprogramm der freien Angestelltenverbände keine Rede von einer Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung ist, konstruiert der Hauptausschuß einfach solche dunklen Absichten. Einer seiner Wortführer, Herr Bösch vom Gewerkschaftsbund der Angestellten, erfindet zu diesem Zwecke einen ungeschriebenen Teil unseres Wahlprogramms. Damit soll der Eindruck erweckt werden, als wollten wir die Leistungen der Angestelltenversicherung auf den Stand der Invalidenversicherung senken, während die Reichstagsverhandlungen von 1925 und die jetzt dem Reichstage vorliegenden Forderungen des NSD-Bundes das genaue Gegenteil beweisen.

Die wirklichen Feinde der Angestelltenversicherung sind der Träger des Hauptausschusses. Als der Hauptausschuß gegründet wurde, waren sämtliche Angestelltenverbände für einen Ausbau der Invalidenversicherung.

Die Angestelltenversicherung hatte noch keine zehn Jahre bestanden, da kam aus den Parteien der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei, also aus den Parteien des Herrn Schneider vom NSD und der Herren Berig und Thiel vom DVB, der gemeinsame Antrag auf Zusammenlegung der Verwaltung und Rechtsprechung zwischen Angestelltenversicherung und Invalidenversicherung. Außerdem sollte geprüft werden, inwieweit die großen Verbände der Angestellten für ihre Mitglieder die Angestelltenversicherung selbst betreiben können. Das war am 7. Dezember 1921, Reichstagsdrucksache Nr. 183. Die Durchführung dieser Absicht hätte die vollständige Verschlagung der Angestelltenversicherung bedeutet.

Einige Jahre später, 1924, unternahm Herr Lambach vom DVB, den gleichen Vorstoß im Reichstage; er wollte auch den Unternehmern das Recht geben, die Angestelltenversicherung zu betreiben. Das sind die Hüter einer selbständigen Angestelltenversicherung! Die Antwort auf diese Schwindelreden geben die Angestellten am 13. November durch die Wahl freigewerkschaftlicher Vertrauensmänner.

Die Zuchthausstrafe auf Lebenszeit.

Die Bürgerlichen lehnen ihre Abschaffung ab.

Der Strafgesetzesausschuß des Reichstages bezieht am Freitag über die Frage der lebenslänglichen Zuchthausstrafe, deren Streichung übereinstimmende Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten fordern.

Abg. Roenen begründet den kommunistischen, Genosse Dr. Rosenfeld den sozialdemokratischen Antrag. Er legte dar, daß die lebenslängliche Zuchthausstrafe eine furchtbare Strafe sei, bei der der Verurteilte vor allem unter der Hoffnunglosigkeit dieses Daseins ein lächerliches Leben führt. Praktisch löge es so, daß im Verhältnis zur Gesamtzahl der lebenslänglichen Verurteilten nur ein kleiner Prozentsatz dieser Strafe bis zum Lebensende vollstreckt werde. Nur selten finde jemand länger als 15 Jahre im Zuchthaus, also könne auch die lebenslängliche Zuchthausstrafe als solche fallen. Der Ausschuss sollte im Strafollzug erfohrte Männer als Sachverständige hören.

Ministerialrat Schäfer bestätigte für die preussische Regierung die Angaben Dr. Rosenfelds über die Handhabung der lebenslänglichen Zuchthausstrafe mit Zahlen aus der preussischen Praxis. Im April 1922 hätten in preussischen Anstalten 335 zu lebenslangem Zuchthaus Verurteilte gesessen, davon nur 38 über zehn Jahre und von diesen nur 12 über 15 Jahre. Im Januar 1927 habe die Zahl der lebenslangen Verurteilten in den preussischen Zuchthäusern 383 betragen, von welchen nur 25 länger als zehn Jahre und von diesen nur sieben länger als 15 Jahre gesessen hätten. Zwei Gefangene hätten nicht mehr aus dem Zuchthaus herauskommen oder können. Die Verurteilung zu lebenslangem Zuchthaus habe immerhin eine abschreckende Wirkung.

Ministerialdirektor Dumke führt aus, daß die lebenslängliche Zuchthausstrafe als Ersatzmittel für die Todesstrafe nicht zu entbehren sei.

Genosse Dr. Meles findet gerade darin, daß Zuchthausgefangene nicht mehr hätten ins Leben hinausströmen wollen, den Beweis dafür, daß

diese Strafe den Gefangenen die physische und seelische Lebenskraft raube.

Es sei, könnte sich nur deshalb im Zuchthaus aufrechterhalten, weil er sich in bezug auf die Verurteilung wegen Tötung unschuldig

An die Beamtenschaft!

Arbeitet für eure Zukunft!

Die diesjährige Werbewoche der Sozialdemokratischen Partei findet vom 6. bis 13. November statt. Allenhalben werden von den Parteigenossen Vorbereitungen getroffen, wird eifrig gerüstet, um die Werbewoche mit einem großen Erfolg für die Partei abzuschließen. Wie steht es mit der Werbearbeit unter der Beamtenschaft? Haben die parteigenösslichen Beamten auch ihre Vorbereitungen zu einer erfolgreichen Werbearbeit schon getroffen? Ebenso wie die Arbeiter und anderen Berufsgruppen haben auch die Beamten ein lebhaftes Interesse an der Stärkung und Weiterentwicklung der Partei. Das Schicksal der erwerbstätigen Kreise, also auch der Sozialdemokratischen Partei in Zukunft auf den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes haben wird. Die Novemberrevolution vom Jahre 1918, an deren Spitze sich die Sozialdemokratie stellte, brachte den vom alten Obrigkeitsstaat politisch und gewerkschaftlich völlig entrechteten Beamten die politische, die Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit.

In der Nationalversammlung war es auch in erster Linie die Sozialdemokratie, die sich rücksichtslos für die

Verankerung der Rechte der Beamten

in der Reichsverfassung einsetzte. Wenn die Verfassungen, die in der Verfassung den Beamten gemacht worden sind, wie die Schaffung eines Beamtenvertretungsgesetzes, eines freibeitlichen Beamtenrechts, eines zeitgemäßen Disziplinarrechts, einer gesetzlichen Regelung des Urlaubes usw. nach nicht in Gesetzesform gegossen worden sind, dann trägt die Sozialdemokratie daran keine Schuld, sondern ihre Gegner, die die Durchführung verhindert haben.

Die Sozialdemokratie ist stets nachdrücklich für die Durchführung der verfassungsmäßigen Rechte der Beamten eingetreten.

Bei der Schaffung des Besoldungsgesetzes vom Jahre 1920 war es wieder die Sozialdemokratie in der Nationalversammlung, die dafür sorgte, daß mit dem Klassencharakter und den Rückständigkeit des alten Besoldungsgesetzes gründlich ausgeräumt und ein Besoldungsgesetz geschaffen wurde, das den freibeitlichen und demokratischen Grundgedanken des neuen Volksstaates

entspricht. Sind auch in dem Besoldungsgesetz vom Jahre 1920 nicht alle Wünsche der Beamten erfüllt worden, so ist doch unbestreitbar, daß durch das neue Besoldungsgesetz eine sozialgerechte Besoldungsordnung geschaffen und dem Gesetz ein sozialer und demokratischer Inhalt gegeben wurde. Daß das Besoldungsgesetz vom Jahre 1920 diesen Inhalt bekam, verdankt die deutsche Beamtenschaft in erster Linie der Sozialdemokratie!

Mit den sozialen, demokratischen und idealen Errungenschaften des Besoldungsgesetzes von 1920 will die Bürgerblockregierung durch das jetzt dem Reichstag vorgelegte neue Besoldungsgesetz gründlich aufräumen.

Durch die neue Besoldungsordnung soll die Verzahnung der Besoldungsgruppen, die Aufstiegsmöglichkeit der unteren Beamten-

Gruppen, die gleichmäßige Behandlung der männlichen und weiblichen, der verheirateten und ledigen Beamten beseitigt, das Besoldungsrecht vom Jahre 1924 verewigt und das Diätarotend der Vorlesezeit wieder eingeführt werden.

So wie auf dem Gebiete der Beamtengesetzgebung und Besoldung sehen wir auf allen wirtschaftlichen und politischen Gebieten eine Rückkehr zu den

reaktionären Zuständen des alten Klassenstaates. Durch den Abbau der Besitzsteuern, durch die Steigerung der Steuern auf die notwendigsten Lebensmittel, durch die rigorose Erhöhung der Zölle und durch die unerhörte, von der Bürgerblockregierung geduldete Preispolitik der Kartelle und Syndikate ist eure Lebenshaltung immer mehr herabgedrückt worden, sind die Gehälter und Löhne in ihrer Kaufkraft ständig gesunken.

Gegen eure völliges Versinken in Not, Elend und Verzweiflung habt ihr euch zu wehren. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter haben, da sie der lebendige Wirtschaftsfaktor unserer Gesellschaft sind, ein Recht darauf, daß sie ein Gehalt und einen Lohn erhalten, der ihre Lebensnotwendigkeiten deckt und darüber hinaus ihnen noch einen gerechten Anteil an den kulturellen Gütern unseres Landes, die sie in erster Linie schaffen, sichert. Die politische und wirtschaftliche Reaktion, die sich in der jungen demokratischen Republik breit macht, kann nur beseitigt werden, wenn bei den nächstjährigen Wahlen zum Reichstage und den Landtagen

die Bürgerblockmehrheit gestürzt wird.

Da Beamte, Angestellte und Arbeiter unter der Herrschaft der Bürgerblockregierung die gleiche Not leiden, das gleiche Elend tragen müssen, müssen sie auch gemeinsam gegen die Reaktion, gegen ihre Ausbeuter und Bebrüder den Kampf führen. Diesen gemeinsamen Kampf vorzubereiten, damit er mit Erfolg geführt werden kann, bietet sich bei der Werbewoche der Sozialdemokratischen Partei die beste Gelegenheit. Nur wenn es den arbeitenden Schichten gelingt, die politische Macht in Reich und Staat zu erobern, wird eine Steuer- und Wirtschaftspolitik, eine innere und äußere Politik betrieben werden können, die die Beamten, Angestellten und Arbeiter nicht noch weiter in den sozialen Abgrund versinken läßt, sondern Verhältnisse schafft, unter denen auch in ihr Leben Wärme, Freude und Sonnenschein dringt.

Deshalb, parteigenössische Beamte, an die Arbeit! „Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß.“

Der Parteivorstand.

J. A. Stelling.

Der Reichsbeamtenrat der Sozialdemokratischen Partei.

(Arbeitsausschuß)

Biermann, Fallenberg, Hanig, Hildebrandt,

Rugler, Linke, Marske, Prawitz, Ruben, Stein-

kopf, Margarete Trapp, Dr. Wieprecht, Zochert.

Der Ausschuss berät dann noch den § 37 des Entwurfs, der aus-

spricht, daß die Geldstrafe mindestens 6 Mark und höchstens 1000 Mark betragen soll. — § 37 wird angenommen. — Dann erfolgt die Vertagung auf Sonnabend.

Befoldungsforgen des Rechtsblocks.

Er weiß nicht, was er will — die Befoldungsvorlage soll aber trotzdem durchgepeitscht werden!

In der weiteren Beratung des Ausschusses für den Reichshaushalt über die Befoldungsordnung nahm am Freitag Genosse Steinkopf das Wort und begann seine Ausführungen mit dem Ausdruck der Bewunderung darüber, daß die Regierungsparteien es bisher nicht für nötig gehalten hätten, sich zur Befoldungsordnung zu äußern. Man müsse daraus auf

große innere Unstimmigkeiten innerhalb der Koalitionsparteien schließen. Insbesondere befürchte sich wohl das Zentrum in Schwie-

rigkeiten wegen der Ausführungen des Abg. Stegerwald über die Notwendigkeit der Abschaffung des Berufsbeamtentums. Die neue Befoldungsordnung selbst werde nur von den höheren Beamten ausgehen, die in ihr alle Wünsche erfüllt finden, und von dem Bund der Supernumerosen, der ebenfalls glaubt, für seine Mitglieder besondere Vorteile erlangen zu können. Genosse Steinkopf vertritt sich dann über die Grundzüge der Vorlage bezüglich der Berechnung der Grundgehälter und über den angeleglichen Einbau des Prämienzuschlags und kommt zu dem Schluß, daß diese Methoden unmöglich seien. Für die weiteren Beratungen empfahl er, sich zuerst an den Gruppenaufbau der eigentlichen Befoldungsordnung heranzumachen und dabei grundsätzlich den Aufbau der Befoldungsordnung von 1920 zugrunde zu legen.

Die Rede des Genossen Steinkopf hatte den Erfolg, dem Führer des Zentrums, Abg. Dr. v. Guérard, endlich den Mund zu öffnen. Guérard erklärte, daß die Regierungsparteien sich nicht um eine Stellungnahme herunderließen, sondern geschlossen auf dem Boden der Regierungsvorlage stehen. Sie hätten in der allgemeinen Aussprache im Interesse der Beilegung nicht das Wort genommen, werden aber zu jeder Spezialfrage ihre Stellungnahme begründen. Schnellste Erledigung der Vorlage sei nicht nur für die Beamten, sondern für das ganze Volk eine unbedingte Notwendigkeit. Im übrigen sei das Zentrum für die absolute Erhaltung des Berufsbeamtentums. Der Abg. Stegerwald sei sich hierin mit seiner ganzen Fraktion einig.

So groß und stark diese Worte klangen, sie wurden schnell in ihrer ganzen Hohlheit enthüllt. Zunächst konnte Genosse Steinkopf den Abg. v. Guérard auf die „Germania“ verweisen, in deren Wiedergabe einer Rede Stegerwalds in Baderborn u. a. der folgende Satz zu lesen ist: „Am demokratischen Staat ist die Fortführung des früheren Beamtensystems sinnwidrig und schließt in sich viele politische und Korruptionsgefahren.“ Bei der Abstimmung lehnten die Regierungsparteien geschlossen die Anträge der Opposition ab. Bei der Spezialberatung wird also nicht, wie es logisch und notwendig wäre, mit dem Aufbau der einzelnen Befoldungsgruppen, sondern mit dem Besoldungsgesetz begonnen werden. Dadurch gewinnen die Regierungsparteien wieder mehrere Tage Zeit zu Verhandlungen darüber, welche Bezüge nun eigentlich den Beamten gewährt werden sollen.

Präsident Coolidge hat das nachstehende Agreement für Herrn von Brünnich als Botschafter in Washington erteilt.

In Kanton wurde ein neuer Postkoff britischer Waren ange-

kündigt. Uninformierte Streikposten patrouillieren die Wasserfront entlang.

Der Metallarbeiterverband marschiert.

Hunderttausend neue Mitglieder.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat in den ersten drei Vierteljahren 1927 in seinem Mitgliederbestand sehr bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Die Mitgliederzunahme steigerte sich von Vierteljahr zu Vierteljahr; sie betrug im ersten Vierteljahr 14 988, im zweiten Vierteljahr 30 296 und im dritten Vierteljahr 45 535. Mit dem auch im vierten Vierteljahr zu erwartenden Mitgliederzuwachs kann der D.M.V. im Jahre 1927 einen Gesamtzuwachs von weit über 100 000 neuen Mitgliedern verbuchen. Das ist die beste und würdigste Antwort auf die Kampfpläne der Schwerindustrie, die den sozialen Fortschritt mit Gewalt zu verhindern sucht; zugleich auch eine gute Vorbereitung für die nächsten Reichstagswahlen.

Aufstieg im Holzarbeiterverband.

Im ersten Halbjahr Mitgliederzunahme 12 500.

Die Abrechnung des Deutschen Holzarbeiterverbandes für das 2. Quartal 1927 zeigt, daß die finanzielle und Mitgliederbewegung in diesem Vierteljahr günstig gewesen ist. Der Mitgliederbestand erhöhte sich von 268 383 am Schluß des 1. Quartals auf 278 559, also um 10 176 oder 3,8 Proz. Von diesen 10 176 neu gewonnenen Mitgliedern sind 8361 männliche, 1046 weibliche und 769 jugendliche Mitglieder. Gegenüber dem Jahresschluß 1926, wo der Holzarbeiterverband 268 065 Mitglieder zählte, hat sich der Mitgliederbestand im ersten Halbjahr dieses Jahres um 12 504 erhöht.

Ein ebenso günstiges Bild weist die Abrechnung über die eingegangenen Beiträge aus. Einer Beitragsaufnahme von 2 063 642 M. im 1. Quartal steht eine Einnahme von 2 328 359 M. im 2. Quartal, also eine Mehrerinnahme von 275 317 M. gegenüber.

Die Aktivität des Verbandes, die im vorigen Jahr wegen der schweren Wirtschaftskrise so stark gedrosselt war, spiegelt sich in den Ausgaben für Lohnbewegungen getreu wieder. Diese Ausgaben sind von 141 399 M. im 1. Quartal auf 288 617 M. im 2. Quartal, mithin um mehr als das Doppelte gestiegen.

Die Ausgaben für Lohnbewegungen und Streiks sind im ersten Halbjahr dieses Jahres fast so groß wie die für das gesamte Jahr 1926. Im ersten Halbjahr 1927 wurden dafür insgesamt 429 056 M. ausgegeben, im gesamten Vorjahre 437 356 M.

Infolge der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung und des damit verbundenen Rückganges der Arbeitslosigkeit sind die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung von 357 739 M. im 1. Quartal auf 156 360 M. zurückgegangen. Ebenfalls geringer geworden sind die Ausgaben für Krankenunterstützung. Sie betragen im 2. Quartal 129 818 M. gegenüber 172 256 M. im 1. Quartal. Alles in allem also ein erfreuliches Bild gewerkschaftlicher Tätigkeit.

Der Streik bei Feister u. Kofmann.

Berliner Nähmaschinen-Industrie, Skalitzer Straße.

Die Belegschaft dieser Weltfirma hatte der Teuerung halber eine Lohnzulage von 10 Pf. pro Stunde gefordert. Die Firma, bei der die Arbeitsverhältnisse ohnehin niedrig sind, bot eine Zulage an in Höhe von 4 Proz. Die Belegschaft lehnte dieses Angebot ab und legte am 26. Oktober die Arbeit nieder.

In dem Verhandlungstermin erklärte die Firma, daß sie dieses Angebot in Höhe von 4 Proz. wegen der „Unbetriebligkeit“ der Arbeiterkraft, zu streiken, nimmere zurückziehe. Sie verlange bedingungslose Arbeitsaufnahme.

Die anschließende Streikversammlung nahm von dieser Erklärung Kenntnis und beschloß, weiter einmütig im Kampfe auszuharren, bis die Direktion zu der Einsicht gekommen ist, daß es an der Zeit ist, auch in ihrem Betriebe, der ja besonders auf die arbeitende Bevölkerung ganz Deutschlands als Abnehmer Wert legt, menschenwürdige Löhne zu zahlen.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck und die übrige Arbeiterschaft um Solidarität mit den Streikenden gebeten.

Die aussperrenden Zigarrenfabrikanten.

Ihre mißlungenen Verwirrungsmanöver.

Um die Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarrenindustrie zu verwirren und gegen den Deutschen Tabakarbeiterverband aufzubringen, ist dem Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller (RdZ.) jedes Mittel recht. Nachdem seine Betriebsbesamtmachungen nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben, versucht er es jetzt mit einem Flugblatt, in dem schon der erste Satz mit der Wahrheit auf sehr gespanntem Fuße steht.

Die Aussprache am Abend des 26. Oktober in Berlin ist nicht vom Deutschen Tabakarbeiterverband, sondern vom RdZ. veranlaßt worden. Aber wenige Stunden vor der Aussprache hatte der Große Ausschuß des RdZ. einstimmig der Gesamtaussperrung zugestimmt und von den Mitgliedern verlangt, mit aller Energie die beschlossenen Maßnahmen durchzuführen. Gleichzeitig beauftragte er den Vorstand, unter rücksichtsloser Anwendung aller ihm jagungsgemäß zu Gebote stehenden Mittel im gleichen Sinne zu wirken, also über die widerstrebenden Firmen Strafen bis zum Hundertsachen des Jahresbeitrages zu verhängen und ihre Namen in den „Mitteilungen“ zu veröffentlichen. Daraus geht einwandfrei hervor, daß es dem RdZ. gar nicht um eine Verständigung zu tun gewesen ist, sondern daß er bewußt auf die Aussperrung hingearbeitet hat.

Deshalb auch die stets abwechselnden Begründungen des Aussperrungsbeschlusses. Nach dem Unternehmerflugblatt geht es nämlich jetzt nicht mehr um die Besetzung des tarifwidrigen Streiks in Leipzig und Breslau, sondern einzig und allein um die Aufrechterhaltung des bestehenden Tarifvertrages, der der Zigarrenarbeiterkraft in diesem Frühjahr gegen den Einspruch der Tabakarbeiterverbände vom Reichsarbeitsministerium auf Antrag des RdZ. ausgenommen worden ist.

Das Unternehmerflugblatt hat denn auch eine den Wünschen des RdZ. entgegengesetzte Wirkung ausgelöst. In fast allen maßgebenden Blättern, wo sich Sortierereien und Verbandsteilungen der Zigarrenfabriken befinden, ist die Kündigung zum

Zweck der Aussperrung sowohl von organisierten wie auch unorganisierten Arbeiterinnen und Arbeitern mit der sofortigen Arbeitseinstellung beantwortet worden. Das ist u. a. der Fall in Hamburg, Bremen, Berlin, Trierstadt, Bünde, Kirchhain, Bielefeld, Minden, Motho, Löhne, Deynhäusen, Mannheim, Heidelberg, Würzburg, Elbing usw.

Damit ist den aussperrenden Zigarrenfabrikanten deutlich zu Gemüte geführt worden, was die Arbeiterschaft von ihren Maßnahmen hält. Jetzt erklären Firmeninhaber und Werkmeister, daß es nicht zur Aussperrung komme und bis zum 12. November alles erledigt sei. Die Zigarrenarbeiterkraft wird sich durch diese Redensarten ebensowenig verwirren lassen wie bisher durch die Betriebsbesamtmachungen und Flugblätter.

Aus der Blumen-, Blätter- und Federindustrie.

Die Arbeitgeber besetzen auf ihren Schein!

Der Verband der Fabrikarbeiter hatte für die in dieser Industrie-gruppe Beschäftigten mit Schreiben vom 14. Oktober eine zwischen-tarifliche Lohnregelung verlangt. Unter dem 3. November erhielt der Verband die Antwort, daß die Arbeitgeber zu ihrem Bedauern nicht in der Lage seien, den bestehenden Tarifvertrag abzuändern. Bei den feinerzeitigen Verhandlungen sei die Frage der nach dem 1. Oktober zu erwartenden Teuerung eingehend erörtert worden und lediglich mit Rücksicht darauf sei der für die damaligen Verhältnisse und die Situation der Branche nicht unerheblich hohe prozentuale Zuschlag gewährt worden.

Lediglich die Aussicht, bis zum Ablauf des Tarifvertrages geordnete Verhältnisse zu haben, sei für die Arbeitgeber bestimmend gewesen, die damaligen Opfer auf sich zu nehmen. Es würde eine schwere Belastungsprobe für eine Tarifpolitik in der Zukunft bedeuten, wenn der Arbeitgeberverband dies seinen Mitgliedern: gegebene Versprechen jetzt nicht einlösen würde. Hinzukommt, daß die derzeitige Wirtschaftslage der Branche durchaus nicht dazu angetan sei, Lohnerhöhungen vorzunehmen.

Zu dem Hinweis, daß bei den Lohnverhandlungen im April dieses Jahres die Teuerung nach dem 1. Oktober von den Arbeitgebern mit berücksichtigt worden sei, mögen folgende Zahlen sprechen. Es handelte sich um die Erneuerung eines Tarifvertrages, der im April 1925 abgeschlossen war. Es wurde eine Erhöhung der Löhne von 5 bis 8 Proz. zugestanden. Damit betrug der Wochenverdienst einer hochqualifizierten Facharbeiterin über 21 Jahre 25 M. und der einer Hilfsarbeiterin im gleichen Alter 20 M.

Noch trüber sieht es mit den Verdiensten in der Palmen- und Dekorationsbranche aus. Hier schwankt der Lohn einer gelernten Facharbeiterin zwischen 33 und 45 Pf. pro Stunde.

Wir überlassen der Öffentlichkeit das Urteil über das Verhalten der Arbeitgeber. Den Arbeitnehmern jedoch rufen wir zu, sich ihrer Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter, vollzählig anzuschließen, damit bei den kommenden Lohnverhandlungen bessere Resultate erzielt werden können.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Gust Geiger; Wirtschaft: G. Kluge; Gewerkschaftsbewegung: J. Strienz; Redaktion: A. S. Schmitt; Verlags- und Druckerei: Reichs-Verlag, Berlin; Druck: Formworts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

WOHLFELDE

WOCHEN

Heute

Sonnabend

Schluß-Tag!

Mantel aus schwerem Wolstoff, mit Biesenstepperei und Felzkragen.....	9⁷⁵	Filzhüte mit Band garniert, schwarz und farbig.....	2⁹⁰	Jacquard-Tischtücher weiss, gute haltbare Qualität, 70x130 cm... Servietten dazu pass., ca. 50/100, 50 Pf.	2⁷⁵
Morgenjacke aus gut. Flanellstoff, mit einfarbigem Falb u. Aermelaufsätzen	3⁵⁰	Damen-Strümpfe u. Herren-Socken gute Qualität, Paar	95 Pf.	Küchenhandtuch Halbleinen Daiperrweb, weiss u. farbig, ca. 48/100 abgeh., ges. geb.	95 Pf.
Hemdhosens guter Wäschstoff, reich m. Klöppel Spitze und Stickerei ausgestattet..	1⁹⁵	Kinder-Sportgarnituren aus reiner Woll, best. deutsches Fabr., Stailig, Jacke, Schal und Mütze...	9⁷⁵	Kopfkissen-bezug mit Länglette	1⁷⁵
Handschuhe für Damen, schwedisch fertigt, mit wass. Manschette, alle Farben, Paar	1²⁵	Taschentücher weiss, Halblein, mit Hochwam u. reichl. gestickte Ecke, echt schweizer Stick, 6 Stück i. Geschenkkart. entgemacht	1⁹⁵	Perkal-Oberhemd gefärbt, Brust, m. Krag.	3⁸⁵
				Paletot für Herren schwarz, elegant abgestuft, guter Sitz.....	54⁰⁰
				Ulster für Herren ganz neue Karostoffe, verschiedene Farben, mit Rückengurt und Radgurt, modern verarbeitet	89⁰⁰



HERMANN TETZ

Leipziger Strasse • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Beile-Alliance-Str. • Brunnenstr. • Rotibuser Damm • Wilmersdorfer Str. • Andreasstr. • Clausseestr.

Eine Eisenbahnbrücke soll verlegt werden.



In diesen Tagen wird berichtet, daß die polnische Regierung ernsthaft Vorberedungen zur Verlegung der Eisenbahnbrücke bei Marienwerder-Münsterwalde (Westpreußen) in Angriff genommen hat.

Die Brücke wurde in den Jahren 1907-1909 mit einem Kostenaufwand von 9 Millionen Mark erbaut und hat eine Länge von 1058 Meter. Eine der größten ihrer Art nahm sie die Eisenbahnlinie Schemtau-Marienwerder, und neben dieser, durch ein Gitter getrennt, eine zweispurige Fahrstraße nebst Fußgängersteig auf.

In der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1927 haben insgesamt 6976 Personen, 2437 Kraftwagen und Fuhrwerke sowie 1142 Fahrräder diesen Grenzübergang benützt, während bei den nächstgelegenen Grenzübergangsstellen im gleichen Zeitraum die entsprechenden Zahlen nur 2173 bzw. 213 Personen betragen; an letzteren Ubergangsstellen fand ein Kraftwagen- und Fuhrwerkverkehr gar nicht statt.

Die Befestigung der einzigen von Ostpreußen über die Weichsel führende Brücke würde die schwersten Folgen haben: Bei Hochwasser und Eisgang würden die durch den Generalinspektor für die gemeinsame deutsch-polnische Reichsverwaltung zu treffenden Abwehrmaßnahmen unmöglich gemacht werden, und die hinsichtlich des gemeinsamen Verkehrs von Deutschland und Polen getroffenen Abmachungen würden gerade im Augenblick höchster Gefahr undurchführbar werden.

Der Abbruch der Eisenbahnbrücke bei Marienwerder-Münsterwalde über die Weichsel würde daher nicht nur die deutsche, sondern auch die polnische Uferbevölkerung und die beiderseitigen Bewohner des dazugehörigen Hinterlandes auf das schwerste schädigen.

die Aussagen der Kellner ausschlaggebend gewesen.

Das Strafmaß selbst mag allerdings etwas zu hoch ausgefallen sein. Justizrat Dr. Frankel meinte nicht zu Unrecht: So schlimm die Ausdrücke der „Roten Fahne“ auch gewesen wären, die Ausdrücke, die die rechtsstehende Presse gegenüber früheren sozialdemokratischen Ministern brauche, wären nicht besser.

Wie dem auch sei: den Reichstagsitzungen, die zu einer weiteren Belastung des arbeitenden Volkes durch die deutsch-nationalen Zoll- und Steuervorlagen geführt haben, ist nun im Reichsoberster Gerichtshof ein Satzspiel gefolgt. Festgesetzt soll aber werden, daß die Rechte an diesen Tagen sich in einer „Fidelitasstimmung“ befunden und ihren Sieg über das Volk mit einer Bowlie begeben hat.

Bedeutungsvoller Auftakt zur Werbewoche.

Genosse Breitscheid spricht in Weihenstephan.

Mit einer sehr gut gelungenen Rundgebung im 18. Kreis Weihenstephan begann die Werbewoche in Berlin. Der Saal war schon dicht besetzt, als die Arbeiterfänger im Liebe vom Kampf der alten gegen die neue Zeit, dem Lied vom Tode Tolstojan, den Abend eröffneten.

Als Referent des Abends nahm Reichstagsabgeordneter Genosse Breitscheid das Wort. Er behandelte zuerst die letzten und größten Ziele der Sozialdemokratie, die darauf ausgehen, die bestehende Wirtschaftsordnung durch den Sozialismus zu ersetzen, und er kennzeichnete den Kapitalismus als die Herrschaft einer Minderheit, die auf möglichst großen Profit bedacht sei.

Genosse Bauh richtete zum Schluß einen Appell an alle, in der Werbewoche recht roge mitzuarbeiten. Mit dem Beginn der Internationalen schloß die ausgezeichnet verlaufene Rundgebung.

Die Waffenschmiede der SPD.

Die Reichstagsgenossen eröffneten am Donnerstag ihre Werbearbeit mit einer Kreismitgliederversammlung im dem Städtischen Lichtspielhaus in der Bergstraße. Zu Beginn der Veranstaltung wurde der Film „Aus der Waffenschmiede der SPD“ vorgeführt.

„Haben Sie sonst nichts zu sagen, Herr Kleist?“ „Was nun weiter zu geschehen hat — ist nicht meine Sache, meine Herren; das ist schon Sache Ihres Gutdünkens.“ Man warf sie in eine leere Scheune und prügelte sie die ganze Nacht.

Und als er zu sich kam, war schwarze Stille um ihn. Er kroch betäubt und halb lebendig in der Scheune herum. Stieg auf die von Blut glitschigen Körper der Kameraden. Sie waren weß und kalt und rochen nach Eingeweide und Blut.

„Guten Abend, Genosse Techniker! ... Ist unser Friedhof nicht herrlich? Es gibt viele solche Friedhöfe in der Republik, aber wer kann es mit uns aufnehmen?“

„Ingenieur Kleist blieb wie versteinert stehen, erhobte sich aber rasch und sah nicht Oljeb, sondern die schwarzen Höhlen der herausgebrochenen Fenster der Maschinengebäude an.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Schwindelbank von Bischofshausen & Co.

Die fünf Akteure.

Ein nettes Quintett, das in diesem Prozeß die Anklagebank schmückt. Die Seele des Ganzen ist Herr Künzler. Er hat das Licht der Welt auf dem Schoß Kaiser, Aris Arnswalde, erblickt. Sein Vater war Rittergutsbesitzer, wenn auch nicht adlig.

Die Karriere dieses Adelsprinzen ist gewundener. Erst Kadett, dann aktiver Offizier, schied er als Leutnant freiwillig aus dem Heere, ging nach Südamerika und wurde hier Vertreter von Singerischen Nähmaschinen.

Als Dritter im Bunde Mitstreiter A. D. Müller. Eine kernige Figur, mit dem Monokel im Auge, ein wenig befeißt, militärisch stramm, überlegen-spöttisch.

tionen das hübsche Säumchen von 8000 R. aus, 2000 R. schuldet ihm die Firma noch heute.

Bleibt noch Herr Lenz. Er bereifte die „Kunden“ des Bankinstituts und erhob seine Provisionen. Im ganzen sollen es mehrere Zehntausend gewesen sein.

Die „Kalte Ente“ im Reichstagsrestaurant.

Redakteur Dieck zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte hat den früheren verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“, Dieck, wegen formaler Beleidigung der Reichstagsabgg. Berndt, Beythien und Kiehlberg und wegen lächerlicher Nachrede zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Nachdem der Verteidiger des Angeklagten, Justizrat Dr. Frankel, vor sich aus die Erklärung abgegeben hatte, daß von einer Betrübnheit des Nebenklägers Beythien keine Rede sein könne, und daß eine formale Beleidigung in bezug auf alle drei Reichstagsabgeordneten zweifelsohne vorliege, konnte die Verurteilung des Angeklagten weiter nicht überraschen.

In der Urteilsbegründung gab der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Krüdt, zu, daß das Gericht vor einer äußerst schwierigen Aufgabe gestanden habe.

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Ein eigensinniges, unheimliches Gesicht — ein eigensinniger und unheimlicher Helm.

Dieser Helm bestätigte die drohende Gegenwart. Und außer dem Helm und Oljebts Gesicht gab es nichts.

Es gibt keinen Ausweg. Er, Ingenieur Kleist, ist bereit. Es ist besser, wenn man ihn hier erschlägt, zwischen diesen Bauten, als zu Hause. Diese Riesen und er sind unzerrenbar: ihn erschlagen, das hieße, zusammen mit ihm all diese Tempel seines Lebens zerstören.

Ueber den fernen Bergen, hinter der Stadt, ersah der Himmel wie erfallendes Eisen, und die Zaden der Berggründen waren schwarz von all den Dächern des gewaltigen Werkes. Rundum war eine deutsche klingende Stille.

Oljeb stand auf der Spitze des Turmes, der aus Stahlstreifen spinnwebgleich geflochten war. Einst wurden von hier aus Kohlen für das Maschinenhaus in die Laufstörbe verladen: die Laufstörbe wurden durch den Aufzug in den schwarzen Abgrund des Schachtes heruntergelassen und glitten dann auf Seilen über Schienen, durch Tunnels in das Maschinenhaus.

Bis zum Schermerge in den Fingern preßte er die eisernen Stäbe des Bitters in den Händen und sah auf die Eisenbetonbauten, auf die 80 Meter hohen, zu den Sternen strebenden Schöte, auf die klingenden Saiten der Seile und die stehengebliebenen Laufstörbe und mahlte mit den Kiefern, daß die Jahre knirschten.

Wie ein Höllenfeuer dröhnte das Werk. Die Erde zitterte von der Tollheit der Maschinen, und die Luft sprühte mit brennenden Splintern aus den flammenden Fenstern heraus, aus dem das Auge blendenden Ausföbern der rotierenden Defen, aus den unzähligen Ula Monden und aus den Dynamitpregnungen der Bergmasse. Und dort in der

Buch, am Quai, standen Dzeandampfer und fraßen mit ihren nicht satt werdenden Bäuchen Millionen Tonnen frischen Zements. Und vom Werk zum Quai und vom Quai zum Werk flogen gleich fliegenden Schildkröten mit Pfeifen- und Sirenengeheul ganze Reihen von Laufstörben durch die Luft.

Das war in der Vergangenheit. Und jetzt ist Stille und ein großer Friedhof. Die Bergberge, die Stahlwege und Schienen sind mit Gras bewachsen. Das Metall ist mit einer dicken Rostschicht bedeckt und die starken Eisenbetonmauern der Bauten sind durch Löcher und Bergströme verwundet.

Ingenieur Kleist ging langsam, blieb oft stehen und sah auf die vielstöckigen Quadratblöcke der Bauten wie auf das Grabmal einer vergangenen Epoche. Sah hin und dachte. Ging, blieb stehen, und dachte.

Oljeb bückte sich über das Gelände und sah den zerfließenden Schatten des Ingenieurs Kleist scharf an. Das ist der Mensch, den er in jeder Stunde seines Lebens mit Genuß mit seinen eigenen Händen erwürgen könnte, und diese Stunde wäre die schönste seines Lebens.

Man hatte die Arbeiter auf der Landstraße, vor dem Bureaubäude in Reih und Glied aufgestellt (es waren nicht mehr viele: viele hatten sich versteckt, viele waren mit der Roten Armee weggegangen).

Oljeb hörte mit der Oberfläche seines Bewußtseins, ganz verworren, die gräßlichen Schreie der Arbeiter. Und er konnte nicht verstehen, ob es Protestschreie waren oder ob die Offiziere seine Kameraden prügelten. Und sah nur durch blutige Tränen, für einen kurzen Augenblick, wie sie auseinanderstießen und wie die Offiziere mit Ragaitas und Re-

1. Abt. Treffpunkt am Flugplatz... 2. Abt. Treffpunkt 10 Uhr... 3. Abt. Treffpunkt 11 Uhr... 4. Abt. Treffpunkt 12 Uhr... 5. Abt. Treffpunkt 13 Uhr...

6. Abt. Treffpunkt 14 Uhr... 7. Abt. Treffpunkt 15 Uhr... 8. Abt. Treffpunkt 16 Uhr... 9. Abt. Treffpunkt 17 Uhr... 10. Abt. Treffpunkt 18 Uhr...

Frauenvereinigungen. Kreis Vorpommern... Werbeauschuss der Post- u. Telegraphenbeamten u. -anwärter...

Morgen, Sonntag, 6. November:

1. Abt. Die Genossen werden gebeten... 2. Abt. Treffpunkt 9 Uhr... 3. Abt. Treffpunkt 10 Uhr... 4. Abt. Treffpunkt 11 Uhr...

5. Abt. Treffpunkt 12 Uhr... 6. Abt. Treffpunkt 13 Uhr... 7. Abt. Treffpunkt 14 Uhr... 8. Abt. Treffpunkt 15 Uhr...

Werbegemeinschaft der Kinderfreunde. Kreis Mitte, Gruppe Pappelweg... Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation...

Theater, Lichtspiele usw. Staats-Oper Am Pl. d. Republ. Geschlossen! Florian Geyer Peer Gynt

Deutsches Theater Norden 10334-37 U. Ende 11 U. Bertha Angermann... Kammerspiele Norden 10334-37 7 3/4 Uhr: 'MAYA'...

Theater des Westens 8 Uhr: Gastspiel Fritz Massary Eine Frau von Format...

Trion-Th. Tagl. 8 1/2 Uhr: Erika Gläsner... Fran Präsidentin... Justiz... Mariopeten-Kinder-Vorstellung...

Volksbühne Theater am Bismarckplatz Th. am Schilldenkmal 7 1/2 Uhr Peer Gynt George Dandin...

Großes Schauspielhaus Tagl. 8 U. Ende 11 U. Der MIKADO... Die neue CHARRELL-Inszenierung...

Theater am Kottbuser Tor Kottbuser Straße 6. Täglich 8 U. u. Sonntagnachm. 3 U. Elite-Sänger im großen Novemberprogramm...

Reichshallen-Theater Anfang 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr Stettiner Sänger Zum Schluss: Eine Hochzeit in der Müllerstraße...

IN DIESER WOCHE KLEIDERSTOFFE Aussergewöhnlich billig! Reinwollene Karos 1.95, Popeline, reine Wolle 2.65, Plaid- u. Kleiderschotten 3.95, Körper-Velvet 3.90, Crêpe Veloutine 5.90, Jersey, Kunstseide 6.90. LINDEMANN TURMSTRASSE • SCHÖNEBERG/HAUPTSTRASSE LANDSBERGER-ALLEE

CASINO-THEATER 8 Uhr: Die Paula vom Metropol. Ausscheiden! Gutschein 1-4 Pers. Fauteuil nur 1,10 M. Sessel nur 1,60 M.

8 UHR SCALA Nollendorf-Platz. GROCK und weitere 9 Internat. Varietätstyp... Sonnabends u. Sonntags je 2 Vorstellungen...

Winter Variete Garten Täglich 8 Uhr. Stg. nachm. 3 U. u. Erntedankfest Fr.

Renaissance-Theater Steinplatz 901. Täglich 8 Uhr: Giovanni u. Annabella CIRCUS BUSCH Sonntag und Sonnabend 3 u. 5 U. jedes Sonntag Nachmittags...

Neues Theater am Zoo Täglich 8 Uhr Die Hotelratte Operette v. Bromme...

Trabrennen Mariendorf Sonnabend, 5. November nachm. 12 1/2 Uhr

8 UHR SCALA Nollendorf-Platz. GROCK und weitere 9 Internat. Varietätstyp... Sonnabends u. Sonntags je 2 Vorstellungen...

Theater in der Kaiserhofstr. 8 Uhr: Der große Erfolg! Schön sein WIR UNS! m. Henry Bender...

Ziehung am 11. u. 12. Nov. Malzer Dombau-Geld-Lotterie Höchstgew. Hauptgew. u. Prämie 60000 Mk. 40000 Mk. 20000 Mk. Lose zu M. 3...

Wo lacht man über die besten Komiker? Wo hört man die herrlichsten Sänger? Wo sieht man die schönsten Frauen?...

Sonnabend Sonntag NACHMITTAG WERNER KRAUSS GNEISENAU Groß-Schauspielhaus

Friedesindians Fahrl ins Märchenland Revue der 20 best. Deutschen Märchen an 2 dem Nachmittags von Adolf Steinmann...

Komödienhaus Vorderstr. 30/31, 8 U. Gustav III von Strindberg... Komödie: Die Geliebte

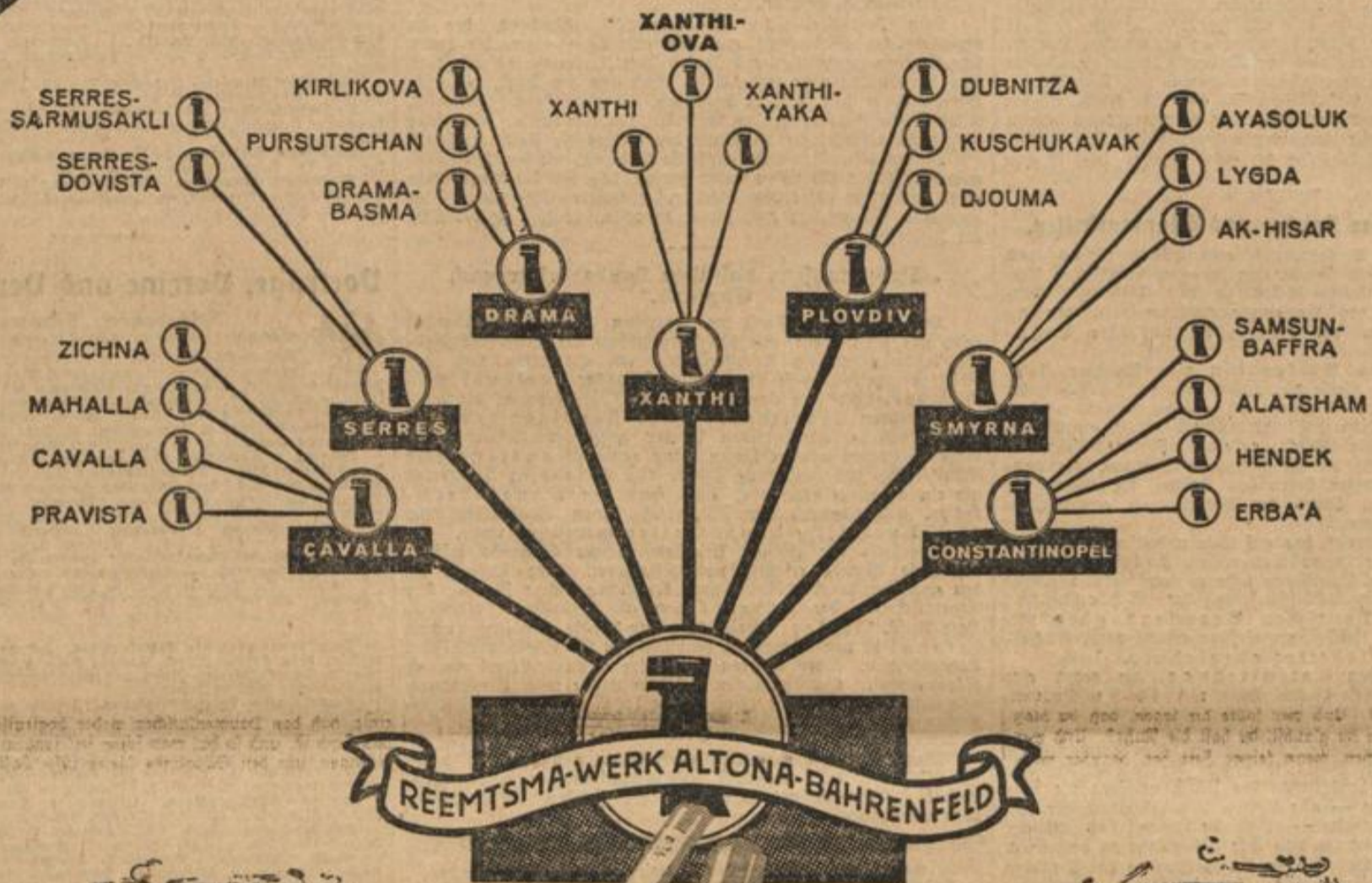
Residenz-Theater Täglich 8 Uhr: Am Rüdesheimer Schloss steht eine Linde... Wer ist der Vater?...

Rose-Theater 4 Uhr: Dornröschen v. CharleysTante... Der rote Hahn... Jeder einmal in Berlin muß zum Circus Schneider ziehn!...

12 OFEN Auch bis zu 12 Monatsraten Raddatz Berlin, Leipziger Str. 122/123

Die Orient-Organisation

zur Beschaffung der Tabake für die
Reemtsma A.-G.



REEMTSMA

CIGARETTEN

OWA

im Anaberenformat

5 Pf.

